Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Drucksache DS0087/10	Datum 19.07.2010
Dezernat: VI	Amt 61	Öffentlichkeitsstatus öffentlich	

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Behandlung	Zuständigkeit
Der Oberbürgermeister	10.08.2010	nicht öffentlich	Genehmigung (OB)
Finanz- und Grundstücksausschuss	08.09.2010	öffentlich	Beratung
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr	09.09.2010	öffentlich	Beratung
Stadtrat	16.09.2010	öffentlich	Beschlussfassung

Beteiligungen Amt 12,Amt 50,Amt 51,Amt 66,Ausl.b.,Behind.b,EB KGM,FB 02,FB 23,FB 32,FB 40,III,K - Büro,Kinderb.,Senior.b,SFM,V/02	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		X
	KFP		X
	BFP		X

Kurztitel

Integriertes Handlungskonzept (IHK) als Grundlage einer integrierten Stadtteilentwicklung in den Stadtteilen Alte und Neue Neustadt im Rahmen des Bund-Länder-Programms "Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf - die Soziale Stadt"

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt,

1. das integrierte Handlungskonzept (IHK), als Grundlage einer künftigen integrierten Stadtentwicklung in der Alten und Neuen Neustadt und die Antragstellung zur Aufnahme der Alten und Neuen Neustadt in das Bund-Länder-Programm „Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ ab dem Programmjahr (PJ) 2011, Haushaltsjahr (HHJ) 2012.
2. die Abgrenzung der Fördergebietskulisse für das Bund-Länder-Programm „Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ (siehe Anlage 1, Seite 35 des IHK).
3. als Grundsatzbeschluss den Vorhaben-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan (Gesamt-VKFZ-Plan, siehe Anlage 5) mit den konkreten Maßnahmen als Grundlage für die Antragstellung beim Land, ab dem Haushaltsjahr (HHJ) 2012, in einem Zeithorizont bis 2020.
4. die entsprechenden Mittel (1/3 Eigenmittel, 2/3 Fördermittel) sind in der Haushaltsplanung 2011 ff. zu berücksichtigen.

Finanzielle Auswirkungen

Hinweis: hier nur Grundsatzbeschluss zur Antragstellung

Organisationseinheit		Pflichtaufgabe	X	ja		nein
Produkt Nr.	Haushaltskonsolidierungsmaßnahme					
		ja, Nr.		X		nein
Maßnahmebeginn/Jahr	Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt					
PJ 2011	JA	X	NEIN			

A. Ergebnisplanung/Konsumtiver Haushalt

Budget/Deckungskreis:

I. Aufwand (inkl. Afa)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

II. Ertrag (inkl. Sopo Auflösung)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

B. Investitionsplanung

Investitionsnummer:

Investitionsgruppe:

I. Zugänge zum Anlagevermögen (Auszahlungen - gesamt)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

II. Zuwendungen Investitionen (Einzahlungen - Fördermittel und Drittmittel)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

III. Eigenanteil / Saldo					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
20...					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

IV. Verpflichtungsermächtigungen (VE)					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	davon	
				veranschlagt	Bedarf
gesamt:					
20...					
für					
20...					
20...					
20...					
Summe:					

V. Erheblichkeitsgrenze (DS0178/09) Gesamtwert	
☐	bis 60 Tsd. € (Sammelposten)
☐	> 500 Tsd. € (Einzelveranschlagung)
☐	> 1,5 Mio. € (erhebliche finanzielle Bedeutung)
☐	Anlage Grundsatzbeschluss Nr.
☐	Anlage Kostenberechnung
☐	Anlage Wirtschaftlichkeitsvergleich
☐	Anlage Folgekostenberechnung

C. Anlagevermögen

Investitionsnummer:

Buchwert in €

Datum Inbetriebnahme:

Anlage neu

JA

Auswirkungen auf das Anlagevermögen					
Jahr	Euro	Kostenstelle	Sachkonto	bitte ankreuzen	
				Zugang	Abgang
20...					

federführendes Amt	Sachbearbeiter Jeannette Digonis, Tel. 540 5372	Unterschrift AL / FBL Heinz-Joachim Olbricht
--------------------	---	---

Verantwortliche(r) Beigeordnete(r)	Unterschrift Dr. Dieter Scheidemann
---------------------------------------	-------------------------------------

Termin für die Beschlusskontrolle	16.09.2010
-----------------------------------	------------

Begründung:

Auf Basis der I0265/08 und der DS0355/09 wurde das integrierte Handlungskonzept erarbeitet. In der I0265/08 wurden die Rahmenbedingungen und Bedarfe in beiden Stadtteilen aufgezeigt. Mit der DS0355/09 (Stadtratsbeschluss Nr. 182-007(V)09 vom 05.11.2009) wurde die Antragstellung zur Aufnahme der Alten und Neuen Neustadt in das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die soziale Stadt“ im Programmjahr 2011 und die Bereitstellung des erforderlichen kommunalen Eigenanteils in Höhe von 300 Tsd. EUR im Haushaltsjahr (HHJ) 2012 und 600 Tsd. EUR im HHJ 2013 aus dem mittelfristigen Investitionsvolumen 2010-2013 des Dezernates VI beschlossen.

Diese Mittel wurden bisher in die aktuelle Haushaltplanung 2010 nicht eingestellt, weil zu dem Zeitpunkt das IHK in der Erarbeitung war und Einzelmaßnahmen noch nicht konkret benannt werden konnten. In der Haushaltplanung 2011 werden diese Mittel jedoch im Rahmen des genannten Budgets berücksichtigt.

Grundlage für die Antragstellung beim Land ist ein „integriertes Handlungskonzept“ (IHK, siehe Anlage 1), welches die Probleme im Stadtteil aufzeigt und Entwicklungsziele und Handlungsstrategien für die nächsten Jahre, in einem Zeithorizont bis 2020, definiert.

Der mit den jeweiligen Fachressorts abgestimmte Vorhaben-, Kosten-, Finanzierungs- und Zeitplan (Gesamt-VKFZ-Plan, siehe Anlage 3) beinhaltet die konkreten Einzelmaßnahmen zur Antragstellung im Zeithorizont bis 2020.

Auf der Grundlage des Grundsatzbeschluss zum Gesamt-VKFZ-Plan wird die Beantragung der Einzelmaßnahmen zum PJ 2011 gesondert eingebracht.

Stichtag zur Antragsabgabe beim Land ist der 15.09.2010.

Für jede investive Einzelmaßnahme wurde die Mitzeichnung der Dienststellen eingeholt, denen später die Baulast, die Verkehrssicherungspflicht und die Folgekosten übertragen werden sollen.

Bei einigen Projekten ist die Baulast und Verkehrssicherungspflicht geklärt, die Folgekosten können jedoch erst mit der vorliegenden Planung, die Bestandteil der jeweiligen Antragstellung ist, benannt werden. (Das betrifft im Wesentlichen die Maßnahmen des Amtes 66, wie z.B. bei Gestaltung von Straßen, Wegen, Plätzen etc.). Diese Maßnahmen bleiben weiterhin Bestandteil der Antragstellung. Bei der Beauftragung der Planung wird darauf hingewiesen, dass keine zusätzlichen Folgekosten anfallen dürfen bzw. die bisher anfallenden Folgekosten zu minimieren sind.

Bei zwei Projekten konnte keine Einordnung erfolgen (Pos. 13 – Interkulturelle Gärten und Pos. 20 – Skateranlage). Die Maßnahmen können nicht in die Antragstellung zum PJ 2011 aufgenommen werden. Da diese Maßnahmen aus städtebaulicher Sicht nach wie vor wichtig für die Entwicklung des Stadtteils sind, werden diese Maßnahmen / Planungen nach Möglichkeit in den nachfolgenden Jahren qualifiziert. Wenn dann die Voraussetzungen der übernehmenden Dienststellen zu Baulast, Folgekosten und Verkehrssicherungspflicht geklärt sind, können diese Maßnahmen erst in den nachfolgenden Programmjahren in die Antragstellung aufgenommen werden.

Der Gesamt-VKFZ-Plan Anlage 3 zeigt alle ursprünglich im Integrierten Handlungskonzept beantragten Maßnahmen, für die der Grundsatzbeschluss zur Antragstellung im Zeithorizont bis 2020 gefasst werden sollte.

Der Gesamt-VKFZ-Plan Anlage 5 stellt die Situation nach Abfrage von Baulast und Folgekosten dar und ist die Grundlage zur Antragstellung beim Landesverwaltungsamt.

Da verschiedene Maßnahmen noch nicht in die Antragstellung ab dem PJ 2011 aufgenommen werden können und zurückgestellt werden müssen, wurde von der Stabsstelle V/02 die Sanierung von 3 Kitas in der Neustadt zur Neuaufnahme in das Konzept vorgeschlagen (siehe Pos. 25 bis 27, Anlage 5).

Das IHK und der Gesamt-VKFZ-Plan können bei Bedarf in den nachfolgenden Programmjahren fortgeschrieben und aktualisiert werden.

Anlagen:

DS0087/10 Anlage 1 - Integriertes Handlungskonzept

DS0087/10 Anlage 2 - Karte Soziale Infrastruktur (Seite 31 der Anlage 1)

DS0087/10 Anlage 3 – Gesamt-VKFZ-Plan (Seite 82/83 der Anlage 1)

DS0087/10 Anlage 4 - Anlagenband

DS0087/10 Anlage 5 – Gesamt-VKFZ-Plan Antragstellung beim LVWA